

Meinung

Berlin im Dax

Da geht noch was

JOCHEN KNOBLACH

Darauf musste Ramona Pop lange warten. Ging es darum, wie neue Jobs in der Berliner Industrie geschaffen werden könnten, hatte die Wirtschaftsministerin beharrlich auf die Start-up-Szene verwiesen und wurde nicht selten dafür belächelt. Was sollte schon kommen von Firmen, die Klingeltöne programmieren, Flip-Flops verkaufen oder Essen liefern? Von Typen, die mit Laptops in Cafés sitzen und allen Ernstes glaubten, irgendjemand würde je auch nur ein Kleid im Internet bestellen. Nun sind es genau jene Unternehmen, die Berlin zu neuer Wirtschaftskraft verhelfen. Hatte die Stadt einst hier gegründete Großunternehmen wie Siemens oder Lufthansa verloren, und wurde ihr dann auch noch Schering als einziges Berliner Dax-Unternehmen von Bayer nach Leverkusen weggekauft, so ist Berlin jetzt wieder da und lässt seine Digitalunternehmen auch gleich die oberste deutsche Börsenliga aufmischen.

Tatsächlich ist aus der in WGs und Hinterhöfen entstandenen furchtlosen bis größerenwahnsinnigen Start-up-Szene ein Wirtschaftszweig geworden, der maßgeblich dazu beitrug, dass die Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren schneller wuchs als die der gesamten Bundesrepublik und hier so viele Jobs entstanden wie nirgendwo sonst. Allein seit 2008 gehen 70.000 geschaffene Arbeitsplätze auf das Konto der hauptstädtischen Digitalwirtschaft, die längst als die neue Berliner Industrie gilt und mittlerweile mehr zur Wirtschaftsleistung der Stadt beiträgt als die analoge Verarbeitungsbranche.

Und da geht noch was. In der ersten Hälfte Jahren hatte Investoren mehr Risikokapital in Berliner Start-up gepumpt als in alle Jungunternehmen der anderen Bundesländern zusammen – 4,1 Milliarden Euro. Fünf Berliner Unternehmen im Dax sind sicher nicht das letzte Wort.

Afghanistan

Viele kritische Fronten

MICHAEL MAIER

In einigen Regionen Afghanistans kämpfen die Taliban gegen lokale Gruppen. Die US-Armee spricht von der Möglichkeit eines Bürgerkriegs. Dieser könnte sich zu einem breitflächigeren Konflikt auswachsen: Die Ankunft des Chefs des gefürchteten pakistanischen Geheimdiensts ISI in Kabul lässt bei den Nachbarstaaten die Alarmglocken schrillen. China buhlt um die Taliban und will die Neue Seidenstraße in der Region voranbringen. Indien hat mit Pakistan einen äußerst fragilen Waffenstillstand im Kaschmir-Streit geschlossen und beobachtet jede Ausweitung des pakistanschen und damit verbunden des chinesischen Einflusses mit Argwohn.

Sehr schnell kann der Konflikt auf der globalen Ebene eskalieren: Russland befürchtet eine Destabilisierung durch islamistische Terroristen oder Söldner, die USA wollen Pakistan um jeden Preis halten und das bestehende Militärbündnis Pakistans mit China so massiv als möglich unterhöhlen. Erst vor wenigen Tagen hatte die US-Sonderbeauftragte, Victoria Nuland, betont, dass Pakistan ein kritischer Partner für die US-Interessen in der Region sei. Die Idee des japanischen Außenministers, einen multilateralen Gipfel zu Afghanistan abzuhalten, wäre vom Grundsatz her sinnvoll.

Allein: Wie sollte das funktionieren? Nicht nur weiß der Westen nicht, was er in Afghanistan soll, wie die Russen zufriedenweise beklagen. Fast jede Großmacht arbeitet mit verdeckten Operationen und Täuschungen. Niemand weiß mehr genau, wer hinter wem steckt. Daher sind auch die Handlungsmöglichkeiten für Regierungen eingeschränkt: Söldner arbeiten für ihre Auftraggeber. Wenn diese wechseln, kämpfen sie gegen ihre früheren Auftraggeber. Regierungen sind Zuschauer. In dieser Hinsicht ist die Welt insgesamt so geworden wie Afghanistan.



Der Herr des Stillstands

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Die unseriöseste Umfrage wird von allen Fernsehsendern regelmäßig gemeinsam mit den neuesten Deutschlandtrends gesendet. Erst wird – mittlerweile offenbar täglich – die neueste Umfrage präsentiert, die in den letzten zwei Wochen den erstaunlichen Höhenflug der SPD abbildet. Danach geht es um die Frage: „Wen würden Sie zur Kanzlerin oder zum Kanzler wählen?“ Dann folgen die aktuellen Beliebtheitswerte von Annalena Baerbock, Armin Laschet und Olaf Scholz.

Mein Tipp: Schauen Sie gar nicht erst hin. Denn nicht Sie werden den Kanzler oder die Kanzlerin wählen – auch nicht indirekt, indem Sie eine Partei favorisieren. Die Aufgabe des Kanzlermachers wird Christian Lindner übernehmen. Vielleicht lässt er seine FDP dabei ein bisschen mitreden. Die Entscheidung wird er dann aber womöglich doch wieder selbst treffen. Man darf aber ziemlich sicher sein, dass es diesmal nicht so aussehen wird wie 2017, als Lindner sich aus den Koalitionsverhandlungen zur Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und Liberalen zurückzog und den denkwürdigen Spruch abließerte: „Es ist besser nicht zu regieren als falsch zu regieren.“

Dieses Mal ist klar, die FDP will richtig mitregieren. Die Frage ist aber: Welche FDP? Und mit welcher Koalition? Viele sind denkbar. Drei Wochen vor dem Wahltag beginnen jetzt die Farbenspiele. Rot-Grün-Gelb? Oder Schwarz-Grün-Gelb? Oder gar Rot-Grün-Rot? Ach, es gibt so viel zu besprechen, ohne die wichtigen politischen Themen auch nur einmal dabei zu streifen.

Der Wahlkampf 2021 ist in vieler Hinsicht einzigartig. Erstmals ist vorher klar, dass ins Kanzleramt eine neue Person ziehen wird. Von ihr und der Koalition, die sie und ihre Partei eingeht, wird eine Menge abhängen – der Reformstau in Sachen Digitalisierung und Klimaschutz ist gewaltig. Dennoch sind in diesen Wochen Zahlen weitaus spannender als Politikerreden. Jens

FDP-Wahlkampf

Lindners riskante Taktik



CHRISTINE DANKBAR

Spann hat in Bezug auf die Pandemie gesagt, dass wir einander hinterher wohl viel verzeihen müssen. Vieles spricht dafür, dass das auch auf diesen merkwürdig inhaltseelnen Wahlkampf zutreffen wird.

Es wird knapp werden, so knapp, dass in den letzten drei Wochen nicht mehr damit zu rechnen ist, dass uns die Kontrahenten noch allzu viele Inhalte präsentieren, wie sie den längst fälligen Epochenwechsel angehen. Inhalte machen angreifbar. Deshalb setzt die SPD jetzt alles daran, ihren Spitzenkandidaten Olaf Scholz nach vorne zu schieben, der auf einmal als sympathisch gilt. Die Union wiederum setzt alles daran, ihren Spitzenkandidaten hinter immer neuen Mitgliedern immer neuer „Zukunfts-Teams“ zu verstecken.

Bei der FDP ist es andersherum: Da wartet die Führungsfigur Christian Lindner

mit keinen Überraschungen auf, weder mit positiven noch mit negativen. Die Frage, welcher Koalition die Liberalen den Vorzug geben werden, wird aber bewusst offen gelassen. Es wird bereits vor dem Wahltag so unverfroren gepokert, dass es einem vor den Sondierungsgesprächen – das sind die, die noch vor Koalitionsverhandlungen liegen – grauen muss.

Mit welcher FDP wacht man auf, wenn man ihr am Wahltag die Stimme gibt? Da ist die Bundestagsfraktion, in der sich gleich eine ganze Reihe von Politikern in vier Jahren seriöser Oppositionsarbeit profilierte. Es gab mit der – letztlich gescheiterten – Wahlrechtsnovelle, dem Lobbygesetz und auch in der Außen- und Verteidigungspolitik eine Menge guter Initiativen. Bei einigen Fragen scheut sich die Liberalen nicht, mit Grünen und Linkspartei zusammenzuwählen, wenn es um die Sache geht. Der Wirecard-Untersuchungsausschuss dürfte dabei als gutes Beispiel in Erinnerung bleiben.

Jetzt aber die schlechte Nachricht: Der Parteivorsitzende Christian Lindner fällt derzeit in alle Verhaltensweisen zurück. Der überhebliche Ton, den er sich für gewisse Zeit abgewöhnt hat, ist wieder da. Die Attacken gehen dabei vor allem gegen die Grünen, vermutlich schon deshalb, weil Robert Habeck wie auch Lindner Finanzminister werden will. Leider klingt das alles sehr rückwärtsgewandt, nach der alten FDP mit ihrer Klientelpolitik, der als erstes Steuergeschenke für Hotels einfießen, als sie das letzte Mal mitregierte. Der konservative Ton soll vermutlich Wähler von der schwächen Union abziehen. Die Taktik ist jedoch riskant und könnte Wähler aus dem linksliberalen Milieu abschrecken. Schon gibt es erste Untersuchungen, die einen Trend zu Rot-Grün sehen. Womöglich könnte es für Christian Lindner am Wahltag die Erkenntnis geben, dass es für ihn nichts zu regieren gibt. Weder richtig noch falsch.

Kolumne

„Deutsche? Nein, bist du nicht!“

MIRAY CALISKAN

In jedem zweiten Gespräch mit mir noch nicht bekannten Menschen werde ich gefragt, woher ich komme. Nicht wegen meines Aussehens, sondern wegen meines Namens. „Miray – das ist aber nicht deutsch, oder?“, heißt die Überleitung oft, bis der darauffolgenden Satz konkreter wird. Meine Antwort lautet bis heute ausnahmslos: „Meine Eltern kommen aus Istanbul.“

Ich weiß, dass ich aus einer sehr privilegierten Stellung heraus schreibe. Diskriminierende Erfahrungen habe auch ich machen müssen, aber nicht so oft und nicht so krass wie viele andere meiner Mitmenschen aus Einwandererfamilien. Vielleicht ist mein gefühltes Privileg der Grund, dass ich mich über die „Woher kommst du“-Frage auch nie geärgert – und sie auch nie kritisch hinterfragt habe. Das liegt vor allem daran, dass ich mich durch die Frage nicht angegriffen fühle. Ich erkenne nur selten eine böse Absicht, wenn ich zum Beispiel merke, dass mein Gegenüber versucht, mich zwanghaft in ein Raster zu stecken, wenn die vermeintlichen Komplimente danach oft lauten: „Du sprichst aber gut Deutsch“ oder „Du siehst aber gar nicht türkisch aus.“

Ich persönlich frage niemanden mehr, woher sie oder er kommt, weil ich vor Jahren von meiner Interviewpartnerin – eine Kulturschaffende aus der afrikanischen Diaspora – harsch darauf hingewiesen wurde, dass die Frage rassistisch sei. Sie setzte sich mit ihrer Arbeit stark für ihre Herkunft ein,

war mit meiner „Woher kommst du“-Frage trotzdem nicht einverstanden. Sie erklärte: Dadurch, dass sie Schwarze sei, werde sie mit der Frage ständig daran erinnert, in der deutschen Gesellschaft eine „Fremde“ zu sein. Für sie spielt es auch keine Rolle, ob sie aus reinem Interesse herausgestellt werde. Seither habe ich es mein gelassen – vielleicht ist es der einzige richtige Weg. Die Abstammungsfrage komplett aus dem Kopf löschen, das eigene Interesse unterdrücken und stattdessen immer wieder vor Augen führen, dass jeder Mensch eine andere Erfahrung gemacht hat.

Wenn ich über andere Menschen aus so-

genannten migrantischen Communitys schreibe, benutze ich oft Ausdrucksweisen wie „Migrationshintergrund“. Pauschalisierend von migrantischen Communitys zu sprechen, ist aber eigentlich falsch – auch darüber wurde ich letztes aufgeklärt. Denn geflüchtete Menschen aus Afghanistan, Spanierinnen, Bosnier, US-Amerikaner, Koreanerinnen, Afrikaner – sie alle kann man nicht als eine Gruppe zusammenfassen. Den Ausdruck „Wurzel“ finde ich am schrägstens, als spräche ich von Bäumen.

Und selbst „Migrationshintergrund“ trifft längst nicht mehr zu. Die meisten Menschen mit einer „ausländischen Abstammung“, die 20, 30, 40 Jahre alt sind, haben keine Einwanderungserfahrung, ihre Eltern, Großeltern oder gar Urgroßeltern haben eine. Ich habe auch keinen Migrationshintergrund – mein Papa und meine Mama sind nach Mannheim migriert. Ich bin in Ludwigshafen geboren und wurde mit 18 eingebürgert. So wie ich haben ganz viele einen deutschen Pass. „Menschen aus Einwandererfamilien“ oder „Menschen mit internationaler Geschichte“ sind dagegen von der Beschreibung her korrekt – zumindest am korrektesten.

Was ich bereits erleben musste: Wenn ich auf die Frage, woher ich komme, mit „Ich bin Deutsche“ antworte, wird oft nachgefragt: „Aber woher kommst du wirklich?“ Denn eingebürgerte Deutsche werden häufig nicht als echte Deutsche wahrgenommen. Was auch immer das sein mag.

Zitat

„Ich finde, dass Berlin von allen deutschen Großstädten damals die softeste war.“

Die Wahrscheinlichkeit, in Hamburg einen auf die Schnauze zu kriegen, war zehnmal höher als in West-Berlin.“

Sven Regener, Autor des Bestsellers „Herr Lehmann“, im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung über die Stadt in den 80er Jahren

Auslese

Kompliment für Merkel

Nach 16 Jahren geht jetzt die Ära Merkel zu Ende. Dazu schreibt *The Sunday Times* in London: „Die meiste Zeit ihrer Amtszeit vermittelte Merkel ihren Anhängern ein Gefühl der Sicherheit. Das Gefühl, sich in den Händen eines Systems zu befinden, das so zuverlässig ist wie ein Auto von BMW oder ein Wäschetrockner von Bosch. Sie machen sich keine Gedanken darüber, wie oder warum es funktioniert.“ Der Dreikampf zwischen CDU/CSU, SPD und Grünen sei im Grunde ein Kampf um Merkels Nachfolge. „Keine der drei Parteien hat eine Politik vorgelegt, die ernsthaft von ihren Leitlinien abweicht. Noch fällt es schwer, sich von Mutti zu lösen. Doch der Wandel wird kommen.“ Ähnlich kommentiert der britische *Guardian*: „Hätte Angela Merkel kandidiert, würde sie mit großer Wahrscheinlichkeit gewinnen. Nach 16 Jahren im Amt ist das ein Kompliment für ihre politischen Fähigkeiten und ihren konsensorientierten Regierungsstil.“ Aber da Deutschland vor großen Herausforderungen stehe, etwa in der Klimapolitik, werde sich eine neue Generation von Führungskräften profilieren müssen. (fs.)

Korrektur

In der Ausgabe vom 3. 9. berichteten wir über ungerechtfertigte Modernisierungsumlagen im Kosmosviertel, für die die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land geradestehen muss. Das Foto zeigte fälschlicherweise Häuser der Wohnungsgenossenschaft Altglienicke.

Berliner Zeitung

PFLECHTBALLET DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Textchefin: Bettina Cosack (ViSdP)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmood, Tobias Miller

Reporter: Ruth Schneeberger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz

Ressorts:

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Kultur: Katharina Brienne

Lernen & Arbeiten: Eva Conino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger

Sport & Leidenschaft: Benedict Paetzold

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direktion Print: Helga Fischer

Chefin Open Source: Dr. Peter Kohse

Leseruftelefon: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-bz@berliner-verlag.com

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH

Geschäftsleitung: Berliner Newsroom GmbH:

Dr. Mirko Schiebelbein, Christoph Stiller

Postadresse: 11509 Berlin, Besuch: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeiger: BVZ Anzeigenagentur GmbH, Geschäftsführung:

Dr. Mirko Schiebelbein, Edzard Mäcke

Postfach 11 05 06, 10969 Berlin

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundendienst@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeige@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruk GmbH,

Geschäftsleitung: Steffen Helmrich, Christoph Stiller

Am Wiesenwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berlinerzeitungsdruk.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserervice@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werden täglich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags abgedruckt.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln der Zeitung.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite abo.berlinerzeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskündigung (Streik/Ausserung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.